Nürtinger Zeitung

Nürtinger Tagblatt · Amtsblatt für die Stadt Nürtingen und den Landkreis Esslingen · Unabhängige Tageszeitung

Nummer 110, 195. Jahrgang, E 5400 | Mittwoch, 14. Mai 2025 | www.ntz.de · 2,40 €

Aus Stadt und Kreis

Ort für Entdecker

Katrin Sdun hat sich mit der Erlebnisgalerie Artifundus in der Apothekerstraße 5 in Nürtingen einen Lebenstraum erfüllt. Hier ist nicht nur Platz für Sammlerstücke und Kunsthandwerk, sondern auch für eine ganz besondere Eulen-Geschichte. **Seite 13**

Vernissage im Provi

Benjamin Lehleiter zeigt in „Gestalt und Gestaltung“ Porträts zwischen Schleier und Schönheit. Vernissage ist am Donnerstag im Provisorium. **Seite 13**

MVZ geschlossen

Vier MVZ des Medi-Verbunds – auch in Wendlingen – sind wegen IT-Ausfällen geschlossen. Grund ist ein überraschender Führungswechsel und eine damit verbundene Kündigung des IT-Dienstleisters. Tausende Patienten sind betroffen. **Seite 14**

Vier Tage arbeiten

Der Lenninger Unternehmer Timo Gökeler hat vor fünf Jahren die Vier-Tage-Woche eingeführt. Im Interview mit der NTZ spricht er über die Vorteile für die Belegschaft und die Rendite. **Seite 15**

Sport Schweizer zieht um

Nach 31 Jahren in Neuffen schließt Sport Schweizer seine Filiale in Neuffen und zieht nach Frickenhausen. Grund ist, dass sich die Miete am bisherigen Standort deutlich erhöht hätte, so Schweizer. In der ersten Juli-Hälfte soll es in der ehemaligen Kreissparkasse losgehen. **Seite 15**

Präsenz oder digital?

Die Corona-Pandemie hatte eine Diskussion um den Nutzen von Präsenzmessen im digitalen Zeitalter angefacht. Nicht wenige sahen das „alte Messemodell“ vor dem Aus. Im Rahmen unserer Serie „Fünf Jahre Corona“ fragten wir bei Messeveranstaltern und Unternehmen nach, ob und wie sich das Messewesen seitdem geändert hat. **Seite 17**

Lokalsport

Zahlreiche Topleistungen

Die Leichtathleten aus der Region präsentierten sich bei den Kreis- und Regionalmeisterschaften in Weilheim in guter Verfassung und lieferten viele Spitzenleistungen ab. Sprinter Liam Paul Zentgraf von der TG Nürtingen stach dabei noch heraus. Er sicherte sich über die 100 Meter neben dem U20-Titel auch noch den dritten Rang in der Männerklasse. **Seite 21**

Leser-Service

Abonnenten-Service	(0 70 22) 94 64-290
Anzeigen	(0 70 22) 94 64-291
Redaktion Nürtingen	(0 70 22) 94 64-294
Kartenvorverkauf	(0 70 22) 94 64-150

Internet: www.ntz.de
E-Mail Redaktion: forum@ntz.de

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
23638,56 Pkt.	5411,27 Pkt.	1,1112 Dollar
+ 72,02 Pkt.	**+ 18,91 Pkt.**	**+ 0,06 Cent**

Wetter

Mittags 24° | Nachts 6°

Jede Menge Sonnenschein, später gibt es Wolkenfelder

Sollte Russland einen Nato-Partner angreifen, könnte auch der Südwesten zur Drehscheibe von Truppen werden. Foto: dpa/Jan Woitas

Jeder Zweite im Land rechnet nicht mit Krieg

BaWü-Check Russland greift die Ukraine weiter an, dennoch fühlen sich die meisten Menschen im Südwesten sicher, wie eine Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen zeigt.

Von Annika Grah

STUTTGART. Trotz des Angriffskriegs in der Ukraine hält fast die Hälfte der Baden-Württemberger es für eher oder sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt wird. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. 39 Prozent halten das für sehr oder eher wahrscheinlich.

Dabei ist Deutschland längst Ziel russischer Attacken geworden, wie der Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg der Bundeswehr, Michael Giss, seit einigen Monaten warnt. „Die hybride Angriffsphase Russlands läuft, und das schon länger“, sagte er schon Anfang des Jahres unserer Zeitung. Auch Innenminister Thomas Strobl betonte vor wenigen Wochen: „Wir müssen uns so konkret wie seit Jahrzehnten nicht mehr auf den Ernstfall vorbereiten.“ Die Landesregierung nahm Anfang April Gespräche mit Kommunen und Landkreisen auf, die für den zivilen Teil der deutschen Verteidigungsstrategie zuständig sind. Die Szenarien der Nato gehen eher davon aus, dass Russland Staaten des Militärbündnisses im Osten angreifen wird. Deutschland würde dann zur Drehscheibe für Truppentransporte und Nachschub.

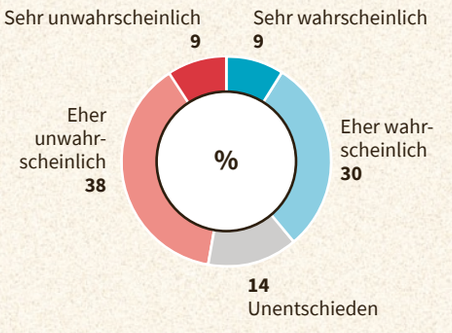
Das könnte erklären, warum dreiviertel der Befragten sich nach wie vor sicher oder sehr sicher fühlen, obwohl gleichzeitig mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, Baden-Württemberg sei weniger oder gar nicht gut auf Krisen oder Katastrophen vorbereitet. Unter den Sorgen, die die Menschen umtreiben, rangieren militärische Konflikte auf Platz fünf, hinter Themen wie der Inflation und der wirtschaftlichen Lage. Käme es zu einem militärischen Angriff auf Deutschland, wäre jeder Vierte bereit, zur Waffe zu greifen. Etwa die Hälfte der Befragten wären nicht dazu bereit.

Zugleich blickt der Südwesten so optimistisch in die Zukunft wie seit fast zwei Jahren nicht mehr. 35 Prozent sehen dem kommenden Jahr mit Hoffnungen entgegen. 30 Prozent sind sehr besorgt, weitere 25 Prozent skeptisch.

Leitartikel

Minderheit erwartet Krieg

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt wird?



Grafik: Locke

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6184/V

Innenminister geht gegen Reichsbürger vor

Der Verein „Königreich Deutschland“ wird verboten. Parallel gibt es Razzien – auch in Baden-Württemberg.

STUTTGART. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat den Verein „Königreich Deutschland“ verboten. Die Gruppe gilt als größte im Bereich der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene. Ihr sollen bundesweit rund 1000 Menschen angehören. Gleichzeitig hat es Razzien in sieben Bundesländern gegeben. Dabei wurden vier Männer festgenommen. Es soll sich um die führenden Köpfe handeln. Auch in Mainhardt (Landkreis Schwäbisch Hall) wurde ein Haus durchsucht. In Baden-Württemberg rechnet der Verfassungsschutz der Gruppe eine dreistellige Zahl an Anhängern zu.

Die Mitglieder des Vereins leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Sie sollen einen Parallelstaat mit eigenen Gesetzen angestrebt haben. *jbo*

Kommentar

Zu viel versprochen

Hausbesitzer zahlen nach der Reform in Summe wohl mehr Grundsteuer. Das ist aber das kleinere Problem.

Von Jan Georg Plavec

Die neue Grundsteuer ist oft kritisiert worden. Es ging etwa um die krassen Einzelfälle privater Grundstücksbesitzer, die nach der Reform sehr viel mehr (oder sehr viel weniger) zahlen sollten – ohne dass es dafür einen ersichtlichen Grund gab. Weniger thematisiert wurde die hinter der Reform steckende Idee, dass Menschen, deren Heim auf einem kleineren Grundstück steht, entlastet werden. Auch die von der Regierung versprochene Aufkommensneutralität – also dass die Kommunen im Summe ähnlich viel einnehmen wie vor der Reform – hat bislang kaum einer bilanziert. Schließlich musste das Geld erst einmal eingetrieben werden.

Nun zeigt eine Recherche unserer Zeitung, dass in der Region Stuttgart am Ende wohl doch mehr Grundsteuer in den kommunalen Kassen landen dürfte als zuvor. Dass die Steuererhöhung von den Bürgern akzeptiert wird, spricht für die Erklärleistung der Politiker und Verwaltungen vor Ort. Für viele Einzelne geht es auch nicht um Unsummen. Trotzdem brechen Kämmerer und Bürgermeister in der Region in mehreren Fällen das Versprechen aus Berlin und Stuttgart.

Ein Skandal ist das aber eher nicht. Vielmehr offenbart die Finanzfrage Risse in der föderalen Architektur. Der verzweifelte Appell der Oberbürgermeister in der Region an Bund und Land verdeutlicht, dass Aufgaben und damit auch Einnahmen und Ausgaben neu sortiert werden müssen. Möglichst ohne, dass jemand irgendetwas verspricht.

Netanjahu: „Mit voller Kraft“ im Gazastreifen

Israel kündigt die Zerstörung der Hamas an und greift ein weiteres Krankenhaus in Gaza an.

GAZA/TEL AVIV. Israel wird nach den Worten von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in den kommenden Tagen „mit voller Kraft“ im Gazastreifen vorrücken. „In den nächsten Tagen werden wir mit voller Kraft vorgehen, um den Einsatz abzuschließen“, sagte Netanjahu laut seinem Büro vor Reservisten.

Zum zweiten Mal binnen eines Tages hat die israelische Armee ein Krankenhaus in Chan Junis angegriffen. Die israelische Armee schrieb, es handele sich um einen „präzisen Angriff auf Hamas-Terroristen in einem Kommando- und Kontrollzentrum“. Nach unbestätigten israelischen Medienberichten galt der Angriff Mohammed al-Sinwar. Er ist der jüngere Bruder des im vergangenen Jahr getöteten Hamas-Chefs Jihia al-Sinwar und gilt als neuer starker Mann in der islamistischen Miliz. *AFP/dpa*

Grundsteuer: Hebesätze liegen oft über Empfehlung

Jede vierte Kommune in der Region wählt einen höheren Hebesatz als empfohlen. Im Schnitt dürften die Grundsteuereinnahmen steigen.

Von Jan Georg Plavec

STUTTGART. Zahlreiche Gemeinden in der Region Stuttgart haben für die Grundsteuer B einen höheren Hebesatz gewählt als vom Finanzministerium empfohlen. Unsere Zeitung hat für alle 179 Kommunen den festgelegten Hebesatz mit dem vom Finanzministerium im Transparenzregister veröffentlichten Höchstwert verglichen. Liegt der Hebesatz oberhalb dieses Höchstwerts, erwartet das Haus von Danyal Bayaz (Grüne) höhere Grundsteuereinnahmen als vor der Reform. Unter diese Kategorie fallen 48 Kommunen.

130 Kommunen bewegen sich mit ihrem Hebesatz innerhalb des vom Ministerium errechneten, aufkommensneutralen Korridors. Insgesamt liegen die Gemeinden in der Region am obersten Rand dessen, was das Finanzministerium empfiehlt. Das deutet an, dass sie in der Summe 2025 mehr Grundsteuer einnehmen als vor der Reform – der Gesetzgeber hatte eigentlich eine aufkommensneutrale Steuerreform versprochen.

Kommunen mit Hebesätzen, die deutlich über der Empfehlung des Ministeriums liegen, begründen dies auf Anfrage mit finanziellen Nöten und anstehenden Investitionen. Ein am Montag veröffentlichter Appell der Oberbürgermeister in der Region an Bund und Land unterstreicht dies. „Selbst in der Region Stuttgart können die meisten Kommunen aktuell keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen“, heißt es darin. Zusätzlich von Bund und Land übertragende Aufgaben seien nicht gegenfinanziert. Viele Kommunen in der bislang prosperierenden Region hätten keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr und würden künftig kommunale Leistungen einschränken.

Kommentar

Rente: Selbstständige gesprächsbereit

STUTTGART. Die Beamtenvertreter sind empört – die Bundesarbeitsgemeinschaft der Selbstständigenverbände zeigt sich dialogbereit. So kontrovers fallen die Reaktionen auf den Vorstoß von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) aus, die mit der Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen für eine breitere Basis an Einzahlenden in die gesetzliche Rentenversicherung sorgen will.

„Eine Altersvorsorgepflicht wird von vielen Selbstständigen nicht grundsätzlich abgelehnt“, sagte Jörn Freynick, Generalsekretär der Bundesarbeitsgemeinschaft. Zuerst brauche es eine Gesamtstrategie. Auch die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Gundula Roßbach, ist für eine zügige Einbindung der Selbstständigen. *ms*